

Huainigg: Studierende aus Entwicklungsländern sind ein Gewinn für Österreich und auch für das Herkunftsland

Utl.: Sprecher für Entwicklungszusammenarbeit begrüßt, dass BM Mikl-Leitner den Erfahrungsaustausch mit StudentInnen fördert =

Wien (OTS/ÖVP-PK) - "Die nachhaltige Entwicklung eines Landes kann nur von innen heraus entstehen. Österreich kann hier unterstützend tätig sein, indem wir Jugendlichen aus Entwicklungsländern ein Studium an österreichischen Universitäten ermöglichen, damit sie mit diesem Know-How die Weiterentwicklung ihres Landes forcieren können", sagt der Sprecher für Entwicklungszusammenarbeit der ÖVP, Abg. Dr. Franz-Joseph Huainigg.

Huainigg begrüßt die Beseitigung von bürokratischen Barrieren für StipendiatInnen aus dem globalen Süden, die BM Johanna Mikl-Leitner im Fremdenrechtsänderungsgesetz vorgenommen hat. "Damit trägt die Innenministerin den Anliegen von StudentInnen aus Entwicklungsländern Rechnung, wie sie bei einer Dialogveranstaltung vom Institut für Umwelt, Friede und Entwicklung (IUFE) im Frühjahr dieses Jahres geäußert worden sind. Bei dieser Veranstaltung über die Chancen, Möglichkeiten und Herausforderungen bezeichnete ÖVP-Klubobmann Dr. Reinhold Lopatka die StudentInnen aus Entwicklungsländern als "Brückenköpfe. Denn durch den Know-How-Transfer, dem Kombinieren von technischen Lösungsansätzen mit indigenem Wissen und dem kulturellen Austausch schlagen sie Brücken zwischen ihren Heimatländern und Österreich."

In der heutigen Nationalratssitzung des Parlaments wird eine Änderung im Fremdenrecht verabschiedet, welche Erleichterungen für StipendiatInnen aus Entwicklungsländern vorsieht. Eine erste wichtige Änderung ist, dass in Zukunft StipendiatInnen ihren Verlängerungsantrag im Inland stellen können. Diese Regelung wird geschaffen, da sich in der Praxis gezeigt hat, dass eine verzögerte Einreise von StipendiatInnen an Aus- und Weiterbildungsprogrammen der Europäischen Union mit negativen Auswirkungen verbunden ist (z.B. Verlust des Stipendiums, da dieses an die Erbringung eines Leistungsnachweises gebunden ist). Durch die Möglichkeit der Antragsstellung im Inland wird dies nunmehr hintangehalten. Als zweiten Punkt streicht Huainigg folgende Änderung hervor: "Für SchülerInnen österreichischer Auslandsschulen wird es möglich sein,

in Österreich zu studieren. Das betrifft vor allem SchülerInnen aus Guatemala, Mexiko und Albanien, welches auch ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist."

"Studierenden aus Ländern des globalen Südens muss ein verbesserter und vor allem vereinfachter Zugang zum österreichischen Hochschulsystem gewährt werden. Nur durch diese Studienmöglichkeiten kann gewährleistet werden, dass die StudentInnen zusätzliches Know-How erwerben können. Nach erfolgreicher Absolvierung ihres Studienaufenthaltes in Österreich können sie dann das Wissen im Heimatland anwenden und verbreiten und so zur weiteren Entwicklung ihrer Gesellschaft beitragen. Das Fremdenrechtsänderungsgesetz ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung, weitere müssen folgen", fordert Abg. Huainigg.

Zur finanziellen Situation der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit erklärt Huainigg, dass "die EZA eine Gesamtverantwortung aller Ministerien ist und endlich so wahrgenommen werden muss. Ich begrüße es sehr, dass ÖVP und SPÖ einen Entschließungsantrag für die gesetzliche Verankerung eines Stufenplanes zur Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit bis zur Erreichung des internationalen 0,7 Prozent-Ziels in der gestrigen Nationalratssitzung eingebracht haben."

(Schluss)

~

Rückfragehinweis:

Pressestelle des ÖVP-Parlamentsklubs
01/40110/4436
<http://www.oevpklub.at>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/169/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0251 2015-05-21/16:17

211617 Mai 15

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150521_OTS0251